

Reul „erschrocken“ über Video

Umstrittener Polizeieinsatz

Düsseldorf. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) hat nach einem umstrittenen Polizeieinsatz in der Düsseldorfer Altstadt eine konsequente Aufklärung angekündigt. „Auch ich habe mich erschrocken“, sagte Reul über ein Video des Einsatzes, das im Internet kursiert. Gegen den Polizeibeamten, der mit dem Knie am Kopf eines 15-jährigen am Boden fixierte, wird laut Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt ermittelt. Auch gegen den Jugendlichen liege eine Anzeige vor – wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Am Donnerstag wird sich der Innenausschuss des Landtags mit dem Vorfall beschäftigen.

Reul sagte am Montag, er habe einen Zwischenbericht zu dem Vorfall bekommen. Demnach sei die Polizei am Sonnabendabend zunächst wegen zehn Randalierern zu einem Schnellrestaurant gerufen worden. Der 15-jährige, der offenbar nichts mit dem eigentlichen Einsatz zu tun hatte, habe sich eingemischt und einen Beamten angegriffen. Danach sei der Jugendliche zu Boden gebracht, gefesselt und zum Streifenwagen gebracht worden. Dies sei in einem Zeitraum von zwei bis drei Minuten geschehen. Eines der Videos im Internet ist 28 Sekunden lang. Dort ist zu sehen, wie ein Polizeibeamter den Jugendlichen mit dem Knie zu Boden drückt.

Wie Reul am Montag ausführte, wären Knie und Schienbein auf Ohr und Schädel des jungen Mannes durch die Einsatzvorgaben der Landespolizei abgedeckt gewesen. Auf dem Hals wäre dies wegen der Verletzungsgefahr nicht erlaubt. Was genau in dem Moment passiert sei, müsse daher nun „objektiv geklärt werden“.

Aus Neutralitätsgründen hat die Polizei Duisburg zusammen mit der Staatsanwaltschaft Düsseldorf die Ermittlungen übernommen. Der betroffene Beamte sei vorläufig in den Innendienst versetzt worden. „Ich will den Einsatz am Samstagabend in keiner Weise rechtfertigen, ich will ihn aber auch nicht vor schnell verurteilen“, sagte Reul. Körperliche Gewalt durch Polizisten sei keineswegs per se rechtswidrig, wie manche glaubten, sagte Reul, sondern oft angebracht, zulässig und zwingend erforderlich.

Das Augenzeugen-Video des Einsatzes hatte sich im Internet verbreitet und Vergleiche mit dem Fall George Floyd in den USA ausgelöst. Der 15-jährige sei nach bisherigen Erkenntnissen ebenso wenig verletzt worden wie der Beamte, den er angegriffen haben soll. Aufnahmen aus Bodycams der Polizei, die den Vorfall aus anderer Perspektive zeigen könnten, gebe es nicht. DPA

Umweltbundesamt kritisiert die Bahn

Berlin. Für lärmgeplagte Anwohner von Bahnstrecken muss aus Sicht des Umweltbundesamts mehr getan werden. „Die durch den Schienenverkehr verursachte Lärmbelastung ist die ökologische ‚Achillesferse‘ der Bahn“, sagte der Verkehrslärmexperte der Behörde, René Weinandy. Damit mehr Verkehr auf die Schiene verlagert werden kann, müssten die Möglichkeiten zur Lärminderung vollständig ausgeschöpft werden. Der Lobbyverband Allianz pro Schiene forderte den Bund auf, neue Lärminderungsziele für die Zeit bis 2030 zu setzen. Eine Maßgabe könne sein, die Zahl der von Schienenlärm betroffenen Menschen um ein Fünftel zu senken. Nach der Umrüstung von Güterwagen auf leisere Bremsen müssten auch Loks umgerüstet werden. DPA

EX-VERDI-CHEF

Bsirske strebt in Bundestag

Hannover. Der langjährige Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, will für die Grünen in den Bundestag einziehen. „Ja, das strebe ich an, ich will mich aber noch in den Mitgliederversammlungen bekannt machen“, sagte das 68-jährige Parteimitglied der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Bsirske strebt eine Kandidatur in Wolfsburg an, wo er aufgewachsen ist und sein Vater bei VW gearbeitet hat. Er war im September 2019 nach 18 Jahren an der Gewerkschaftsspitze abgetreten. „Wir begrüßen die Kandidatur des engagierten Gewerkschafters Bsirske grundsätzlich“, sagte der Grünen-Landesvorsitzende Hans-Joachim Janßen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. DPA

GRÜNEN-CHEFIN

Baerbock fordert Strategie

Berlin. Angesichts der Pannen bei Corona-Tests von Reiserückkehrern fordert die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock deutschlandweit ein einheitliches Vorgehen. Es brauche „eine klare Teststrategie, die zwischen den Bundesländern und dem Bund an dieser Stelle abgestimmt ist“, sagte sie am Montag in Berlin. Eine klare Verteilung der Aufgaben sei derzeit nicht gegeben. Gerade die Gesundheitsämter müssten davor geschützt werden, dass politische Verantwortung auf sie übertragen werde. DPA

Lindner baut die FDP um

Ein Jahr vor der Bundestagswahl tauscht der Parteichef Linda Teuteberg aus – und sendet Koalitionssignale



Neues Führungspersonal: FDP-Parteichef Christian Lindner (Mitte) stellt Volker Wissing (l.) als möglichen Generalsekretär und Harald Christ als Schatzmeister vor. FOTO: WOLFGANG KUMM/DPA

VON PAUL STARZMANN
UND RUPPERT MAYR

Berlin. Das Versprechen gibt FDP-Chef Christian Lindner schon seit Längerem ab. Am Montag hat er nun gezeigt, dass er es ernst meint mit der personellen Neuaufstellung an der FDP-Spitze. So will Lindner beim Bundesparteitag am 13. September einen neuen Generalsekretär ins Amt bringen: den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Volker Wissing. Der soll die bisherige Amtsinhaberin Linda Teuteberg ablösen, die damit weniger als anderthalb Jahre nach ihrem Amtsantritt im April 2019 den Posten räumen muss.

Den Schritt erklärte Lindner damit, dass er „mehr Hilfe und Unterstützung“ brauche. „Die Themen im Land haben sich verändert, also ändert sich auch die Aufstellung der FDP.“ Lindner reagiert damit auf die anhaltende Krise seiner Partei, die er seit 2013 führt. Zwischen fünf und sieben Prozent erreichen die Liberalen in aktuellen Umfragen; keine andere Partei hat in der Corona-Krise mehr an Zustimmung eingebüßt. Wissing soll nun dabei helfen, die Partei aus dem Tief zu holen. Das Ziel, so sagt Wissing, „Regierungsverantwortung in Berlin zu übernehmen“.

Erreichen wollen die Liberalen das, indem sie in der Coronakrise ihre „Wirtschafts- und

Finanzkompetenz nach vorne stellen“, wie Lindner sagte. Dafür soll Wissing sorgen. Vor seiner Zeit als rheinland-pfälzischer Wirtschaftsminister war der promovierte Jurist Obmann des Finanzausschusses im Bundestag. Sein Ministeramt will Wissing trotz der neuen Aufgabe weiterführen.

Die scheidende Generalsekretärin, die auch Chefin der Brandenburger FDP ist, werde „selbstverständlich weiter ein starker Teil unseres Teams“ sein, sagte Lindner. Wie die „Bild“ berichtet, hatte der FDP-Chef Teutebergs Ablösung am Sonntag mit ausgewählten Parteifunktionären und Landesvorsitzenden vorbereitet – bei einem Treffen in einem Restaurant in Berlin. Am Montag schrieb Teuteberg bei Facebook: „Um das Amt der Generalsekretärin erfolgreich für die Partei ausüben zu können, ist neben der demokratischen Legitimation durch den Bundesparteitag auch der Rückhalt und das Vertrauen des Vorsitzenden erforderlich. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Vorsitzende personelle Veränderungen wünscht“. Das wolle sie respektieren und deshalb im September ihr Amt zur Verfügung stellen.

Lindner hatte Teuteberg selbst im April 2019 ins Amt gebracht. Die 39 Jahre alte Branden-

burgerin sollte für mehr Vielfalt im männlich dominierten Vorstand sorgen. In der Partei war zuletzt jedoch die Kritik an der Generalsekretärin gewachsen. Sie dringe nicht durch mit ihren Botschaften, sei im Amt zu blass geblieben, lautete der Vorwurf – auch wenn Teuteberg von vielen für ihre sachliche Art geschätzt wurde.

Aus dem FDP-Bundesvorstand der Partei heißt es, dass mit Lindners „Schachzug“ zwar „nicht alle zufrieden“ seien. Doch eine lang anhaltende Personaldebatte wolle man vermeiden. Einige sehen in Teuteberg ein Bauernopfer. Nicht alle führen die schlechten Umfragewerte der FDP allein auf Teuteberg zurück. Sie sei zwar eher zurückhaltend und könne nicht draufhauen, was für eine Generalsekretärin einer in der Opposition dahin dümpelnden Partei nicht unbedingt gut sei. An dieser Entscheidung dürfte aber auch Lindner seinen Anteil haben. Und: Eine Oppositionspartei hat es in Krisenzeiten ohnehin schwer.

Dass Lindner Teuteberg nun durch Wissing ersetzen will, lässt sich auch als Signal in Richtung einer möglichen Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und Liberalen im Bund deuten. Seit 2016 regiert Wissing in einem solchen

Bündnis in Rheinland-Pfalz, wo im März Landtagswahlen anstehen. Von dieser Erfahrung wolle die Gesamt-FDP profitieren, sagte Lindner. Mit Blick auf mögliche Regierungsoptionen im Bund sagte der Parteichef: „Wir müssen nichts ausschließen.“ Die FDP habe keine „Lieblingskonstellation“, es gehe ihr um die Durchsetzung eigener Inhalte. „Wenn das möglich ist, dann ist es besser zu regieren, als nicht zu regieren.“

Auch mit einer anderen Personalie sendete Lindner am Montag eine Botschaft für eine mögliche Ampel-Koalition aus: Unternehmer Harald Christ soll neuer FDP-Bundesschatzmeister werden. Christ ist ein bekennender Sozialliberaler, der bis vor Kurzem Mitglied der SPD war. Aus Enttäuschung über den neuen Linkskurs der Genossen hatte er der Partei aber im Dezember nach mehr als 30 Jahren den Rücken gekehrt und war im März in die FDP eingetreten. Nun soll er als Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms beerben, der die Finanzen der Liberalen mehr als 20 Jahren gemanagt hat. Christ soll der FDP offenbar dabei helfen, enttäuschte SPD-Wähler wie Facharbeiter oder Angestellte zu gewinnen. Christ, bis zuletzt überzeugter Anhänger von Olaf Scholz, kündigte an, den Wahlkampf der FDP mit voller Kraft zu unterstützen – auch, um ein Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linken zu verhindern.



Linda Teuteberg
FOTO: GERCKE/DPA

Auszahlung beginnt

Ab 7. September fließt die erste Rate des Corona-Kinderbonus

VON HEINZ JOACHIM

Berlin. Die Familienkassen beginnen am 7. September mit der Auszahlung des Corona-Kinderbonus in Höhe von 300 Euro. Wie das Bundesfinanzministerium der Funke Mediengruppe mitteilte, erhalten in der ersten Überweisungsrunde rund 940 000 Eltern mit 1,56 Millionen Kindern zusätzlich zum monatlichen Kindergeld die erste Bonusrate von 200 Euro. Die zweite Rate von 100 wird im Oktober ausgezahlt. Wann der Kinderbonus auf dem Konto ist, hängt von der Endziffer der Kindergeldnummer ab. Steht dort eine Null, sind die Betroffenen am 7. September dabei. Die Endziffern 1 bis 9 werden im September nach und nach von den Familienkassen überwiesen. Insgesamt gibt es in Deutschland rund 18 Millionen kindergeldberechtigter Kinder und junge Menschen, denen auch der Kinderbonus zusteht. Der Bonus muss in den meisten Fällen nicht extra beantragt werden.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) sagte, für den Bonus habe die Bundesregierung rund 4,3 Milliarden Euro eingeplant. Da die einmalige Zahlung nicht mit anderen Familien- oder Sozialleistungen wie zum Beispiel dem Kinderzuschlag verrechnet werde, profitierten vor allem Familien mit geringem und mittlerem Einkommen und mehreren Kindern. Familien mit höheren Einkommen profitieren dagegen weniger oder gar nicht vom Kinderbonus, da er, wie auch das Kindergeld, bei der Steuer mit den Kinderfreibeträgen verrechnet wird. Je höher das Einkommen, desto mehr profitieren Eltern von diesen Freibeträgen. Das Finanzamt wählt bei der Steuerberechnung automatisch die für die Eltern günstigere Variante. Laut Bundesfamilienministerium bleibt einem Elternpaar mit drei Kindern bis zu einem Einkommen von

rund 67 800 Euro der volle Bonus für alle drei Kinder erhalten. Oberhalb dieser Grenze schmilzt er immer mehr ab, und bei rund 106 000 Euro Jahreseinkommen bleibt unter dem Strich nichts mehr von der Sonderzahlung. Das betrifft nach früheren Schätzungen der Regierung die Eltern von rund drei Millionen Kindern. „Ich hoffe, die Familien werden das zusätzliche Geld für etwas verwenden, das den Kindern oder der gesamten Familie Freude macht“, sagte Giffey. Das helfe auch kurzfristig der Konjunktur.

Der Kinderschutzbund nannte den Kinderbonus „ein gutes Signal, insbesondere an arme Familien“. Allerdings sei die Summe zu niedrig, um die digitale Ausstattung armer Kinder und Jugendlicher zu verbessern.



Familienministerin Giffey beim Besuch eines Kinderhauses in Berlin. FOTO: KUMM/DPA

Premiere am Himmel

Die israelische Luftwaffe ist auf Übungsmission in Deutschland

VON FATIMA ABBAS

Berlin. Nur ein einziges Mal wird die israelische Luftwaffe in diesem Jahr im Ausland trainieren. Mehr ist pandemiebedingt nicht möglich. Eine große Ausnahme also. Die Militärübung, die an diesem Montag in Nordrhein-Westfalen begonnen hat, gilt gar als historisch. Dass die Israelische Luftwaffe (IAF) auf Übungsmission in Deutschland ist, das gab es noch nie. „Blue Wings 2020“ heißt der Einsatz, angelehnt an die blauen Flügel-schwingen im Wappen der Luftwaffe. Nicht nur das Bundesverteidigungsministerium hofft, dass die Mission auch das deutsch-israelische Verhältnis beflügeln wird.

Etwa 1100 Soldaten sind bis zum 28. August auf deutscher Seite im Einsatz, 200 sind aus Israel angereist. Am Fliegerhorst Nörvenich bei Köln werden sechs F-16 Maschinen erwartet, zwei militärische Boeing 707 zur Betankung sowie zwei Passagiermaschinen. In der kommenden Woche sollen ungarische Streitkräfte für ein Nato-Training dazustoßen. Ein zweiwöchiger Erfahrungsaustausch, flankiert von historischem Gedenken: An diesem Dienstag soll eine deutsch-israelische Formation den Flugplatz Fürstenfeldbruck bei München überfliegen – zum Gedenken an das Olympiaattentat vom 5. September 1972.

Damals ermordete die palästinensische Terrororganisation „Schwarzer September“ elf israelische Sportler. Deutsche Neonazis waren im Vorfeld beteiligt. Die Militäraktion über deutschem Boden soll ein Zeichen des „Nie wieder“ setzen. So auch der Rückflug der Soldaten über dem Stadtrand von Dachau. An der dortigen KZ-Gedenkstätte will die deutsch-israelische Delegation im Beisein von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) einen Kranz nie-

derlegen. Der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, sprach von einem „bewegenden Zeichen“ der deutsch-israelischen Freundschaft. Ein Zeichen, das auf sich warten ließ. Denn umgekehrt waren Soldaten der deutschen Luftwaffe bereits in Israel im Einsatz.

Der Bundeswehrverband begrüßt die Aktion. Mit Blick auf die Vergangenheit sei diese „keineswegs selbstverständlich“. Ob die Aktion auch jenseits von Symbolik Wirkung entfalten wird, ist noch nicht klar. Der Historiker Michael Wolffsohn ist skeptisch. Die Aktion sei „sehr nett“, das Gedenken eine sympathische Geste. Aber: „Vom gemeinsamen Flug über das KZ Dachau werden die Toten leider nicht mehr lebendig.“ Entscheidend seien die Beziehungen zu Israel. Premierminister Benjamin Netanjahu habe mit der jüngsten Annäherung an die Arabischen Emirate gezeigt, dass ein konstruktiver Ansatz möglich sei. Die deutsche Nahostpolitik betrachte dagegen fast alles „durch die Brille des Israel-Palästina-Konflikts“. Das komme einer „Selbstfesselung“ gleich. Selbst die arabischen Staaten seien nach und nach der „Unflexibilität der Palästinenser überdrüssig“ geworden und würden nun eine Annäherung an Israel zulassen. Die deutsche Seite profitiere außerdem deutlich von der Zusammenarbeit: mit Blick auf militärisches Know-how, IT-Technologie und im Kampf gegen Terrorismus.

Eine Machtdemonstration gegenüber den USA sieht der Experte in dem bislang einzigartigen Militärmanöver indes nicht. Für Deutschland mag der geplante Abzug von US-Soldaten ein Grund sein, sich auf andere militärische Verbündete zu konzentrieren. Für Israel indes sei die Kooperation mit den USA überlebenswichtig, sagt Wolffsohn. Der Schutz der Bundeswehr sei kein Ersatz.